Landgericht Göttingen

Geschäfts-Nr.:

6 O 36/04

Verkündet am:

24.06.2004

Justizangestellte

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Urteil

Im Namen des Volkes!

In dem Rechtsstreit

des

Verfügungskläger

Prozessbevollmächtigter:

gegen

1.

2.

Verfügungsbeklagte

Prozessbevollmächtigte zu 1:

hat die 6. Zivilkammer des Landgerichts Göttingen auf die mündliche Verhandlung vom 07.06.2004

für **R e c h t** erkannt:

Die einstweilige Verfügung der 6. Zivilkammer vom 6. April 2004 - 6 O 36/04 - wird aufgehoben, soweit sie sich gegen den Verfügungsbeklagten zu 2. richtet. Insoweit wird der Antrag des Verfügungsklägers auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.

Im übrigen wird die einstweilige Verfügung bestätigt.

Von den gerichtlichen Kosten und Auslagen des Verfahrens und den außergerichtlichen Kosten und Auslagen des Verfügungsklägers tragen dieser und die Verfügungsbeklagte zu 1. je die Hälfte.

Der Verfügungskläger trägt außerdem die außergerichtlichen Kosten und Auslagen des Verfügungsbeklagten zu 2. Im übrigen trägt jede Partei ihre Kosten selbst.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Der Verfügungskläger und die Verfügungsbeklagte zu 1. dürfen jeweils die Vollstreckung wegen der Kosten durch Sicherheitsleistung oder Hinterlegung in Höhe von 120 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht die die Vollstreckung betreibende Partei vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 120 % des zu vollstreckenden Betrages leistet.

Tatbestand

Der Verfügungskläger ist Anhänger der Jugendorganisation der NPD, nimmt aber innerhalb dieser keine besondere Stellung ein. Er war Teilnehmer einer von Gegendemonstranten begleiteten Demonstration der NPD am 13.03.2004 in R. Am Ende der Demonstration kam zu einer Art Tumult, in dessen Anschluss der Verfügungskläger mit seinem Plakatträger auf den Kopf einer vor ihm stehenden Person schlug und diesen dabei erheblich am Kopf verletzte.

Über den Vorfall berichtete der Verfügungsbeklagte zu 2. als Autor in der Nordausgabe der X vom 15.03.2004, und zwar sowohl in der Druckausgabe wie auch online unter Nennung des Namens des Verfügungsklägers. Die Verfügungsbeklagte zu 1. ist Verlegerin der X.

Der Verfügungskläger forderte die Verfügungsbeklagten vergeblich zur Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung auf.

Der Verfügungskläger behauptet, er sei vor der Tat von anderen attackiert worden. Er ist der Auffassung, es sei über den Vorfall unzulässiger Weise unter Nennung seines vollen Namens berichtet worden.

Der Verfügungskläger hat deshalb gegen beide Verfügungsbeklagten unter dem 06.04.2004 eine einstweilige Verfügung durch die Vorsitzende in Eilzuständigkeit erwirkt, mit der den Verfügungsbeklagten untersagt wurde über den Vorfall unter Nennung des Namens zu berichten. Hiergegen richtet sich der Widerspruch der Verfügungsbeklagten.

Die einstweilige Verfügung ist lediglich der Verfügungsbeklagten zu 1. zugestellt worden. Wegen Verstreichens der Zustellungs- und damit auch Vollstreckungsfrist hat der Verfügungskläger auf seine Rechte aus der einstweiligen Verfügung gegen den Verfügungsbeklagten zu 2. verzichtet.

Der Verfügungskläger beantragt,

die einstweilige Verfügung aufrechtzuerhalten, soweit sie sich gegen den Verfügungsbeklagten zu 1. richtet.

Die Verfügungsbeklagte zu 1. beantragt,

die einstweilige Verfügung aufzuheben und den Antrag auf Erlass der einstweiligen Verfügung zurückzuweisen.

Sie ist der Auffassung, über den Vorfall im Zusammenhang mit der Kundgebung der NPD am 13.03.2004 in R. habe unter Nennung des Namens des Verfügungsklägers berichtet werden dürfen. Sie macht geltend, die Namensnennung sei deshalb gerechtfertigt, weil der Verfügungskläger öffentlich und aus niedrigen Beweggründen aus Anlass einer Demonstration eine schwere Straftat begangen habe, indem er seinem Opfer schwere Verletzungen (Jochbeinzertrümmerung und Gehirnerschütterung mit stationärem Krankenhausaufenthalt) unter den Augen der Öffentlichkeit und in Gegenwart von Polizeibeamten zugefügt habe. Insbesondere gehe es mit der Namensnennung aber auch darum, das nach Auffassung der Verfügungsbeklagten zu 1. strafvereitelnde Verhalten der anwesenden Polizeibeamten aufzudecken, die den Verfügungskläger nicht unverzüglich festgenommen hätten. Nur aufgrund der Veröffentlichung des Namens ergebe sich auch, dass der Name des Täters bekannt sei.

Zur Glaubhaftmachung ihres Vorbringens hat sich die Verfügungsbeklagte auf die Vorführung eines Videofilms sowie auf Vernehmung des sistierten Zeugen A und Vorlage der eidesstattlichen Versicherung von B, C, D, E und F sowie die Inaugenscheinsnahme der von dem Videofilm gefertigten Lichtbilder (Bl. 41 ff. d. A.) berufen.

Ferner rügt die Verfügungsbeklagte zu 1., dass ihr die Anlagen zur Antragschrift nicht zur Verfügung gestellt worden ist.

In einem nach der mündlichen Verhandlung eingegangenen, nicht nachgelassenen Schriftsatz hat die Verfügungsbeklagte zu 1. ergänzend darauf hingewiesen, dass der Videofilm in der Fernsehsendung „...“ zu sehen gewesen sei.

Wegen der weiteren Einzelheiten des wechselseitigen Parteivortrags wird auf den Inhalt der gewechselten Schriftsätze sowie die Sitzungsniederschrift vom 07.06.2004 Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die gegen den Verfügungsbeklagten zu 2. ergangene einstweilige Verfügung ist wegen Verstreichens der einmonatigen Vollziehungsfrist nicht mehr statthaft (§§ 936, 929 Abs. 2 ZPO), so dass sie aufzuheben ist. Die Vollziehungsfrist ist verstrichen, da die einstweilige Verfügung dem Verfügungsbeklagten zu 2. nicht binnen 1 Monats zugestellt werden konnte.

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Verfügungsbeklagte zu 1. ist weiterhin gemäß §§ 935, 940 ZPO gerechtfertigt. Es bestehen sowohl Verfügungsanspruch wie auch Verfügungsgrund. Der Verfügungskläger kann von der Verfügungsbeklagten zu 1. verlangen es zu unterlassen, über den Vorfall anlässlich der Demonstration am 13.03.2004 unter Nennung seines Namens öffentlich zu berichten (§§ 1004 Abs.1, 823 Abs.1 BGB). Das verletzt nämlich sein Persönlichkeitsrecht. Dementsprechend ist gemäß §§ 936, 925 Abs. 2 ZPO die einstweilige Verfügung zu bestätigen.

Der gegen die Verfügungsbeklagte zu 1. geltend gemachte Unterlassungsanspruch besteht auch weiterhin. Es geht hier allein um die zwischen den Parteien streitige Frage, ob über den Vorfall anlässlich der Demonstration der NPD am 13.03.2004 in R. unter gleichzeitiger Nennung des Namens des Verfügungsklägers berichtet werden darf. Ob die Namensnennung rechtswidrig und damit einer Unterlassungsverfügung zugänglich ist, ist im Rahmen einer Interessenabwägung zwischen einerseits dem Persönlichkeitsrecht des namentlich genannten Betroffenen gem. Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG und andererseits der Pressefreiheit nach Artikel 5 Abs. 1 GG zu ermitteln (BVerfG NJW 1973, 1226 ff. - 1.Lebach-Entscheidung; Prinz/Peters, Rn. 103). Zwar darf jedermann selbst und allein bestimmen, ob und inwieweit in der Presse aus seinem Leben öffentlich berichtet werden darf (BVerfG aaO). Einschränkungen ergeben sich aber immer dann, wenn ein in der Gemeinschaft lebender Bürger durch sein Verhalten auf andere einwirkt und dadurch die persönliche Sphäre anderer Mitmenschen oder Belange des Gemeinschaftslebens berührt. Dabei ist „durch Güterabwägung im konkreten Fall zu ermitteln, ob das verfolgte Interesse generell und nach der Gestaltung des Einzelfalls den Vorrang verdient, ob der beabsichtigte Eingriff in die Privatsphäre nach Art und Reichweite durch dieses Interesse gefordert wird und im angemessenen Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht“ (BVerfG aaO).

Grundsätzlich obliegt der Presse im Rahmen einer sogenannten Verdachtsberichterstattung, also einer Berichterstattung über einen Vorfall, der noch nicht rechtskräftig abgeurteilt ist, eine besondere Zurückbehaltung bei der Identifizierung des Beschuldigten (BGH NJW 2000, 1036, 1038). Eine Namensnennung kommt deshalb grundsätzlich nur im Falle schwerer Kriminalität oder bei Straftaten in Betracht, die die Öffentlichkeit besonders berühren (BGH aaO). Immer ist aber im Einzelfall nach den oben genannten Kriterien die Güterabwägung vorzunehmen. Das führt hier zu der Entscheidung, dass aufgrund der konkreten Situation der Name des Verfügungsklägers in der Presse und in sonstigen Veröffentlichungen nicht genannt werden darf.

In der Rechtsprechung ist die namentliche Nennung von verdächtigten Straftätern vor allem im Zusammenhang mit Morddelikten bejaht worden (so für den Fall der identifizierenden Bildberichterstattung BVerfG NJW 2003, 2523- Jakob von Metzler; BVerfG NJW 1973, 1226, 1229; OLG Koblenz OLGR 2000, 337). Nach Auffassung der

Verfügungsbeklagten zu 1. liege eine vergleichbare schwere Straftat hier deshalb vor, weil der Verfügungskläger in aller Öffentlichkeit im Rahmen einer Demonstration auf einen ihn nicht angreifenden unbeteiligten Dritten mit einem Plakatträger auf den Kopf mit voller Wucht geschlagen und diesen dadurch gravierend verletzt habe. So schlimm auch aus Sicht der Kammer dieses Tatgeschehen einzustufen ist, so rechtfertigt es in dem hier zur Beurteilung anstehenden Einzelfall dennoch nicht die namentliche Nennung des Verfügungsklägers in der Presse.

Deshalb bedurfte es auch nicht des Vorspielens des Videofilms durch die Verfügungsbeklagten in der mündlichen Verhandlung. Art und Reichweite des Eingriffs in das Persönlichkeitsrecht des Verfügungsklägers durch die Namensnennung sind unter Berücksichtigung der Besonderheiten nicht durch das von der Pressefreiheit gedeckte und durch die Presse verfolgte öffentliche Interesse des Einzelfalls gerechtfertigt. Dabei übersieht die Kammer durchaus nicht, dass in der Öffentlichkeit ein besonderes Interesse an öffentlichen, insbesondere im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen begangenen Straftaten besteht. Andererseits ist die Wirkung zu bedenken, die von einer Namensnennung im konkreten Fall ausgeht. Dabei kann der politische Hintergrund der Demonstration sowie das politische Anliegen der Gegendemonstranten nicht unberücksichtigt bleiben. Es liegt auf der Hand, dass insbesondere in den einschlägig politisch tätigen Kreisen ein Interesse an der Identifizierung desjenigen besteht, der im Rahmen einer Demonstration der NPD einen Anderen, eventuell einen politischen Gegner, erheblich körperlich verletzt. Damit ist aber zugleich die konkrete Gefahr für den Verfügungskläger verbunden, seinerseits Übergriffen ausgesetzt zu werden. Durch die namentliche Nennung wird der Verfügungskläger der Verfolgung durch seine politischen Gegner preisgegeben. Gerade die aus der Verwendung fortschrittlicher Kommunikationsmittel, wie dem Internet, resultierende Verbreitung des Namens an politische Gegner, stellt eine massive Beeinträchtigung seines Rechts auf Achtung und Entfaltung seiner Persönlichkeit dar (vgl. Thüringer Oberlandesgericht, aaO).

Bereits deshalb muss die namentliche Nennung des Verfügungsklägers in den Medien verhindert werden. Schutz verdient auch der einer schweren Straftat Verdächtige, wenn er dessen bedarf, um nicht persönlichen Übergriffen ausgesetzt zu werden. Solche sind im Rahmen der - wie hier - geführten politischen Auseinandersetzung jedenfalls nicht unwahrscheinlich. Dabei geht es um den Schutz des einzelnen Individuums und nicht um den Schutz eines Menschen mit einer bestimmten politischen Gesinnung.

Nach Auffassung der Kammer ist auch zu berücksichtigen, dass es sich bei dem Kläger um einen jungen, nämlich erst 19 Jahre alten Erwachsenen handelt, der mit der Berichterstattung unter Nennung seines Namens in besonderer Weise an den Pranger gestellt werden würde. Zwar wäre auch ein etwaiger Strafprozess gegen den Verfügungskläger öffentlich, da er strafrechtlich als „Heranwachsender“ einzuordnen wäre. Indes geht von einer öffentlichen Verhandlung eine ungleich geringere Prangerwirkung aus als von einer öffentlichen Berichterstattung mit Namensnennung, zumal der Publikumskreis in einer Strafverhandlung begrenzt wäre.

Da sich derartig junge Erwachsene häufig noch in einem Entwicklungsprozess befinden, kann dieser durch eine solche Bloßstellung in der Öffentlichkeit in besonderer Weise beeinflusst werden. Auch unter diesem Gesichtspunkt hält es die Kammer im Rahmen der Güterabwägung zwischen den hier betroffenen Grundrechten einerseits des Persönlichkeitsrechts des Betroffenen und andererseits des Rechts der Öffentlichkeit auf Information konkret in diesem Fall nicht für angebracht, den Gebrauch des Namens in den Medien zu gestatten.

Vom Verfügungskläger ist die Namensnennung auch nicht etwa deshalb hinzunehmen, weil er sich durch seine Teilnahme an einer Demonstration öffentlich zu einer bestimmten Gesinnung bekannt hat bzw. die Tätlichkeiten im Rahmen dieser öffentlichen Versammlung erfolgten (Thüringer Oberlandesgericht aaO). Denn „ damit hat er sich lediglich jeweils kalkulierbaren Risiken und einer überschaubaren Menge potentieller Gegner ausgesetzt, ohne sich diesen durch Individualisierung seiner Person und seiner Lebensumstände auszuliefern. Insbesondere hat er damit sein Erscheinungsbild nicht von der konkreten Situation abgelöst und vor einem unüberschaubaren Personenkreis jederzeit reproduzierbar gemacht“ (Thüringer Oberlandesgericht aaO).

Das streitgegenständliche Verhalten ist auch nicht als eine typische, politisch motivierte Straftat aus dem rechtsextremen Bereich einzuordnen, an der u.U. ein besonderes öffentliches Interesse bestehen könnte. Als solche wären z.B. Gewaltverbrechen zur Ausgrenzung oder Schädigung von Minderheiten zu bewerten. Vorliegend aber handelte es sich um eine tätliche Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten, die zwar durch eine besonders verwerfliche und zu

missbilligende Brutalität gekennzeichnet war, andererseits aber nicht als Ausdruck einer bestimmten politischen Gesinnung eingeordnet werden kann.

Es kann im übrigen auch nicht festgestellt werden, dass die Namensnennung hier deshalb gerechtfertigt ist, weil die Straftat des Verfügungsklägers die Öffentlichkeit besonders berührt und ein besonderes öffentliches Interesse der Allgemeinheit daran besteht zu erfahren, wer eine solche Straftat begangen hat. Daran ändert auch der im übrigen erst nach der mündlichen Verhandlung mitgeteilte Bericht über den Vorfall in der Fernsehsendung „...“ nichts.

Die Verfügungsbeklagte zu 1. hat auch sonst nicht dargetan, dass ein besonderes öffentliches Interesse an der Bekanntgabe gerade dieses Namens besteht, und zwar überregional und bundesweit. Auf Nachfrage in der mündlichen Verhandlung hat der Vertreter der Verfügungsbeklagten erklärt, dass es sich bei dem Verfügungskläger um einen örtlich in Erscheinung getretenen Anhänger der Jugendorganisation der NPD handelt, der aber in der Organisation keine besondere Stellung einnimmt. Damit handelt es sich bei dem Verfügungskläger nicht um eine Person des politischen Lebens, bei der ein besonderes Interesse der Öffentlichkeit an der Namensnennung unter dem Gesichtspunkt demokratischer Transparenz und Kontrolle anzuerkennen wäre (anders im Fall des OLG Braunschweig NJW 2001, 160). Andererseits besteht - wie oben dargelegt - die Gefahr, dass der Verfügungskläger bei namentlicher Nennung für politische Gegner auch überregional ein Angriffsziel wird. Dass muss im Rahmen der Güterabwägung berücksichtigt werden und - soweit möglich - verhindert werden.

Soweit die Verfügungsbeklagte zu 1. die Erforderlichkeit der Namensnennung damit begründet, nur auf diese Weise könne für die Öffentlichkeit eine nach Auffassung der Verfügungsbeklagten zu 1. von den anwesenden Polizeibeamten begangene Strafvereitelung dargestellt werden, überzeugt das nicht. Zwar ist richtig, dass an einer durch Polizeibeamte begangenen Strafvereitelung ein erhebliches öffentliches Interesse besteht. Um dieses öffentliche Interesse zu befriedigen, ist es allerdings nicht erforderlich, den Namen des vermeintlich oder tatsächlich begünstigten Täters zu

nennen. Insoweit würde es auch genügen, wenn die Presse ein Pseudonym verwendet und lediglich mitteilt, dass ihr der Name des Täters bekannt ist.

Eine Verletzung des rechtlichen Gehörs der Verfügungsbeklagten wegen der Nichtüberlassung der der Antragsschrift beigefügten Anlagen liegt nicht vor. Zunächst einmal sieht sich die Kammer angesichts des Vorbringens des Verfahrensbevollmächtigten der Verfügungsbeklagten dazu veranlasst, auf die Besonderheiten eines einstweiligen Verfügungsverfahrens hinzuweisen. Ergeht ohne mündliche Verhandlung eine einstweilige Verfügung, so wird die Antragsschrift dem Antragsgegner üblicherweise nicht durch das Gericht, sondern durch den Antragsteller zugestellt. Das hängt damit zusammen, dass die Zustellung des Gerichtsbeschlusses (= einstweilige Verfügung) durch den Antragsteller und nicht durch das Gericht zu erfolgen hat (§§ 935, 936, 922 Abs. 2 ZPO). Aus diesem Grund wird regelmäßig dem Antragsteller die einstweilige Verfügung verbunden mit der beglaubigten Abschrift der Antragsschrift nebst Anlagen zwecks Zustellung ausgehändigt. Fehlen diese Anlagen, dann ist eine Zustellung insoweit nicht möglich. Auswirkungen auf die Wirksamkeit der einstweiligen Verfügung hat das indessen nicht (Zöller, ZPO, 24. Auflage § 929 Rn. 13). Richtig ist allerdings, dass bei Fortsetzung eines einstweiligen Verfügungsverfahrens in Folge Widerspruchs des Antragsgegners etwaige noch fehlende Anlagen der Gegenseite zur Verfügung zu stellen sind. Das gilt indessen nur für solche Anlagen, die dem Gegner nicht bereits vorliegen, also ihm nicht bekannt sind (§ 133 Abs. 1. S. 2 ZPO).

Dem Verfügungsantrag lag bei das an beide Verfügungsbeklagten gerichtete Abmahnschreiben vom 25.03.2004. Mit weiterem Schriftsatz vom 31.03.2004 reichte der Verfügungskläger Ablichtung des streitbefangenen Zeitungsartikels nach. Beide Schriftstücke liegen den Verfügungsbeklagten vor, sodass sie ihnen nicht zur Verfügung gestellt werden mussten (§ 133 Abs. 2 ZPO).

Des weiteren lag der Antragsschrift eine Ablichtung des Beschlusses des Kammergerichts vom 04.09.2003 in 10 W 118/03 bei. Derartige dem Gericht zur Vereinfachung überlassene Rechtsprechung muss dem Gegner nicht vorgelegt werden, wenn er auf diese hingewiesen wird und sich diese ohne weiteres selbst beschaffen kann.

Nur der Vollständigkeit halber soll noch darauf hingewiesen werden, dass schließlich der Verfahrensbevollmächtigte der Verfügungsbeklagten zu 1. selbst für Verwirrung gesorgt hat, indem er mit der Widerspruchschrift um Überstellung der Antragsschrift und sämtlicher Glaubhaftmachungsmittel, insbesondere der eidesstattlichen Versicherung des Antragstellers, gebeten hat. Da einerseits die Antragsschrift von der Geschäftsstelle des Gerichts mit der einstweiligen Verfügung verbunden worden ist und andererseits sich bereits aus der Antragsschrift ergab, dass eidesstattliche Versicherungen gerade nicht vorlegt worden sind, zielte das Begehren im wesentlichen ins Leere. Dass den Verfügungsbeklagten überhaupt keine Anlagen zugegangen waren, ergab sich deshalb erst in der mündlichen Verhandlung.

Auch der Verfügungsgrund besteht weiterhin, nachdem die Verfügungsbeklagte zu 1. eine Unterlassungserklärung gegenüber dem Verfügungskläger nicht abgegeben hat. In presserechtlichen Verfahren wird damit die Wiederholungsgefahr indiziert.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 92 Abs. 1 ZPO. Die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf §§ 708 Nr. 6, 711 ZPO, soweit die einstweilige Verfügung aufgehoben worden ist. Soweit die einstweilige Verfügung bestätigt worden ist, bleibt es bei deren Vollstreckbarkeit, die keines besonderen Ausspruchs bedarf.